

4.5. Die Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches

Als am 7. November 1918 — schon vor dem Ausbruch des Matrosenaufstandes in Kiel — das Königtum in Bayern stürzte, dauerte es nur wenige Tage, bis auch die politischen Kräfte im Obermaingebiet auf den Umsturz reagierten. Schon am 11. November konstituierte sich in Staffelstein ein »Bauern-, Arbeiter- und Soldatenrat«. Zehn Tage später wurde über die Initiative einer »Sozialdemokratischen Sektion« ein »Arbeiter-, Bauern- und Bürgerrat« sowohl auf Bezirksebene als auch in den Kommunen Lichtenfels und Schney gegründet. Zunächst öffnete sich sicherlich der politisch interessierte Teil der Bevölkerung dem Revolutionsgedanken. So folgten die zuständigen Stellen im Bezirksamt der Anweisung der Räteregierung aus München, die Ausrufung ihrer Republik am 7. April mit einem halbstündigen Glockenläuten zu begrüßen sowie die öffentlichen Gebäude und Fabriken rot zu beflaggen.

Von den politischen Turbulenzen im unmittelbaren Gefolge des verlorenen 1. Weltkriegs blieb die Bevölkerung im übrigen verhältnismäßig unberührt. Ihr ging es vor allem um die Bewältigung der Lebensmittel- und Energieversorgung. Um sie zu meistern, mußte der Magistrat der Stadt Lichtenfels Höchstpreise für Milch und Butter festlegen und den Fleischkonsum rationieren. Hamsterei und Lebensmittelwucher waren allerdings die behördlicherseits kaum zu unterbindende Folge, da die Bauern die Ablieferungspflicht ihrer Erzeugnisse nach Möglichkeit umgingen. Eigentumsdelikte nahmen zu. So berichtete das Lichtenfelder Tagblatt am 22. November 1918 von einem Einbruch in der Ruckdeschelschen Dampfsäge, von einem Diebstahl, den ein Dienstmädchen verübt hatte, vom Aufbruch eines abgestellten Güterwagens im Lichtenfelder Bahnhof, sogar von einem beabsichtigten Sturm mittelloser Leute auf das Gut in Trieb.

Was die Energieversorgung betraf, so litten Haushalte und Industrie in gleicher Weise. Da die Kohlenzüge infolge des Generalstreiks der Bergarbeiter in Sachsen nicht mehr regelmäßig fuhren, konnten die Elektrizitätswerke, von denen vor allem die Schuhwarenindustrie in Burgkunstadt abhing, den benötigten Strom nicht mehr ausreichend erzeugen. So ist es nicht verwunderlich, wenn sich ein immer größer werdender Bevölkerungsanteil am Obermain, insbesondere in den katholischen Gegenden auf dem Land, nach der Ordnung des alten Kaiserreiches zurücksehnte.

Nach der Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland war dem Staat von Weimar nur eine kleine Atempause vergönnt. 1923 stand die nächste schwere Krise mit Ruhrkampf, Zerfallstendenzen im Reich, Hitlerputsch und Inflation ins Haus. Diese traf die Bevölkerung der Bezirke Lichtenfels und Staffelstein am spürbarsten und nachhaltigsten. Schon vor dem Krisenjahr war der Dollarkurs von 6,01 Mark im Dezember 1918 auf 7589,27 im gleichen Monat des Jahres 1922 gestiegen und erreichte 1923 auf dem Höhepunkt der Geldentwertung einen Stand von 4,2 Billionen. Am 7. 9. kostete ein Brötchen 50000, 1 Pfund Brot 400 000 Reichsmark. Für einen Liter Exportbier forderte ein Wirt in Lichtenfels am 19. November 390 000 000 Reichsmark. Der am Tag verdiente Lohn hatte schon am Abend einen Teil seines Wertes verloren. Um der Geldflut Herr zu werden, ließen der Bezirk und die Kommunen Lichtenfels, Staffelstein und Michelau Notgeld drucken, schließlich auch die Bankinstitute in Burgkunstadt. Sogar Firmen wie Hourdeaux-Bergmann und Hourdeaux-Bing oder die Betriebe von Johann Würstlein und Andreas Tschran brachten eigene Geldgutscheine in Umlauf.

Bekanntlich wurde die Krise durch die Einführung der Rentenmark Ende 1923 bewältigt. Die folgenden »goldenen Jahre« der Weimarer Republik endeten mit der Weltwirtschaftskrise, die seit 1930 Deutschland besonders schwer traf.



Notgeldschein aus Lichtenfels 1923 (Im Besitz von Herrn Richter, Klosterlangheim)

Die Landwirtschaft unserer Gegend erwies sich im Gegensatz zu der anderer Regionen, insbesondere Schleswig-Holsteins, bis 1930 als verhältnismäßig gesund. Im Finanzbezirk Lichtenfels betrug die Verschuldung der Bauern durchschnittlich nur 20,3 Prozent des Einheitswertes, im Reich fast 30 Prozent. Die Lage der Betriebe verschlechterte sich dann aber so, daß 1931 nur noch 20 Prozent der oberfränkischen Landwirte mit Gewinn arbeiteten. Ausländische Billigimporte verursachten in der Hauptsache die Existenzbedrohung der bäuerlichen Anwesen. Industrie, Handel und Gewerbe wurden ebenfalls von der Krise erfaßt. Das Baugewerbe Oberfrankens klagte schon 1930 über Auftragsmangel und appellierte zunächst an Private, dann an den Staat, Mittel zum Abbau der um sich greifenden Arbeitslosigkeit bereitzustellen. Das Korbmacherhandwerk hatte besonders schwer zu leiden. Diese Hausindustrie mit Vollbeschäftigung war zu einem »Saisongewerbe« geworden. Das Lichtenfelser Tagblatt offenbarte am 13. Mai 1932 die erschreckend niedrige Bezahlung der in diesem Industriezweig Tätigen: »Der Stundenlohn für einen Korbmacher beträgt im Durchschnitt 8 bis 10 Pfennig. Es gibt aber schon Korbmacher, die für 6 Pfennig und weniger arbeiten«. Anfang desselben Jahres ging infolge der vorsichtigen Kreditvergabe der von Liquiditätsproblemen gebeutelten Lichtenfelser Bankinstitute die Korbhandelsfirma Brüll & Kohn in Konkurs. Dabei blieb es aber, denn dank ihrer weltweiten Handelsbeziehungen konnten sich die übrigen Handelshäuser dieser Branche über Wasser halten.

Durch die Massenarbeitslosigkeit kamen auf die Städte und Gemeinden am Obermain, die für die Erwerbslosen- und Krisenfürsorgeunterstützung verantwortlich waren, größte finanzielle Probleme zu. Konnte die Stadt Lichtenfels 1931 noch auf einen Fonds für Wasserleitungsbau zurückgreifen und die Bier- und Getränkesteuer erhöhen, eine Maßnahme, die das Gastwirtsgewerbe einen Absatzrückgang von 30 bis 50 Prozent befürchten ließ. So mußten danach ganz neue Wege beschritten werden, um die dringendste Not zu lindern. Die Stadt versuchte durch Umschulungsmaßnahmen arbeitslosen Schreibern und Korbmachern zu helfen. Sie unterstützte außerdem eine durch das Rote Kreuz und den Katholischen Frauenbund getragene Hilfsaktion. Durch deren Hilfsbereitschaft konnten einmal in der Woche ca. 500 Menschen mit warmer Suppe versorgt, im Winter gebrauchte Kleidung und Brennmaterial an Hilfsbedürftige ausgegeben werden. Der Stadtpfarrer organisierte billige Kohle, das städtische Gaswerk spendierte zusätzlich 100 Zentner, die Bäckerinnung stiftete ca. 100 Laib Brot. Auf der anderen Seite mußte die Kommune schon Mitte 1931 elf säumige Mieter aus den stadteigenen Wohnungen werfen und sie im Siechhaus oder in Eisenbahnwaggons unterbringen.

Im Landkreis Lichtenfels war die Arbeitslosenzahl von Mai bis Dezember 1930 von 1000 auf 1500 gestiegen. Schwerpunkte waren dabei die Korbmacherorte Schney, Lettenreuth, Michelau, Marktzeuln und Schwürbitz; sie wurden zu Notstandsgebieten erklärt. Die Stadt und der Landkreis Lichtenfels führten trotz des offiziellen Sparkurses der Regierung mit Hilfe von staatlichen Darlehen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch. 1932 reinigten »Wohlfahrtserwerbslose« den Leuchsenbach, bauten eine Straße im Leuchsengrund und einen Verbindungsweg Neunsdorf — Sonnefeld. Außerdem befestigten sie Flußufer. In der Stadt selbst wurde die Kreuzigungsgruppe am Marktplatz renoviert, die Bamberger Straße zum Teil gepflastert und die Kanalisation dort erneuert. Die Post kam mit dem Bau von Postamtsgebäuden in Michelau und Staffelstein zu Hilfe. Trotz dieser Maßnahmen erreichte die Zahl der langfristig arbeitslosen Wohlfahrtsempfänger Mitte 1933 mit etwa 200 ihren Scheitelpunkt. Zu dieser Zeit war Hitler bereits Reichskanzler, der Umbau des deutschen Staatswesens hatte begonnen.

Die drei Krisenphasen der Weimarer Republik (1918—20, 1923, 1930—33) schufen Raum für das Anwachsen antidemokratischer Strömungen, insbesondere des Rechtsradikalismus. Schon in der ersten Krise bediente sich der Reichswehrminister Gustav Noske zur Niederschlagung des sozialistischen Umsturzversuches neben der Reichswehr und der Freikorps auch der Einwohnerwehren, Selbsthilfeorganisationen der besitzenden Schichten, gegen den radikalen Sozialismus. Denn nach der von den Siegermächten des 1. Weltkrieges erzwungenen Auflösung der Reichswehr, die in Bayern im Juni 1921 vollendet war, suchten viele ehemalige Offiziere und Soldaten Zuflucht in Wehrverbänden oder völkischen Gruppen. Die wichtigste von ihnen, die NSDAP, etablierte sich mit dem Deutschen Tag in Co



Die Gaststätte »Bärenklause« in Lichtenfels, das Parteilokal der NSDAP, das 1934 bei der Erweiterung der Bahnleisanlagen abgebrochen wurde. (StadtA Lichtenfels)

burg am 14. und 15. Oktober 1922 in spektakulärer Weise in Oberfranken. In Lichtenfels ging die erst am 16. November 1922 in der »Bärenklause« gegründete Ortsgruppe des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSuTB) schon im Dezember in die NSDAP auf. Daneben formierten sich in Lichtenfels und Weismain politische Zirkel des aus einem aufgelösten Freikorps hervorgegangenen Bundes Oberland, in der Nachbarschaft der »Völkische Treubund Staffelstein«. Wenn man bedenkt, daß zudem schon Ende April 1923 in Lichtenfels eine Hundertschaft der SA existierte, kann man ermessen, wie leicht die NSDAP an bestimmte ideologische und politische Strömungen in der Bevölkerung anknüpfen konnte. So setzte sich innerhalb des zersplitterten völkischen Lagers wie anderswo so auch am Obermain die NSDAP durch. Schon vor dem Hitlerputsch im November 1923 veranstaltete sie Vortragsabende. Die Sonnwendfeier vom 30. Juni 1923, die die beiden Ortsgruppen Lichtenfels und Staffelstein gemeinsam organisierten, diente der Propaganda ebenso wie eine Kundgebung, die sie am 20. und 21. Oktober in Lichtenfels zusammen mit dem »Bund Oberland« und dem Wehrverband »Bayern und Reich« veranstalteten.

In der Zeit des NS-Verbots nach dem Hitlerputsch vom November 1923 bis Februar 1925 formierte sich am Obermain unter dem Dachverband »Völkischer

Block in Bayern« u. a. die »DAP e.V., Bund aller arbeitenden Stände« mit Ortsgruppen in Lichtenfels, Burgkunstadt und Michelau. Das Rednerpersonal und die politischen Ziele in der Landtags- und Reichstagswahl von 1924 wiesen sie als Nachfolgeorganisation der NSDAP aus. Der »Völkische Block« erreichte in diesen Wahlen 19 % der Wählerstimmen (zum Vergleich: in Bayern 17 %, in Oberfranken gut 25 %).

Nach der Aufhebung des NSDAP-Verbots im Februar 1925 stand Hitler vor der Aufgabe eines Neuaufbaus seiner Partei. Schon im ersten Jahr überrollte eine Neugründungswelle Oberfranken, wo sich 23 Ortsgruppen formierten, auch in Lichtenfels, Staffelstein und Weismain. Die Parteiarbeit stand im Zeichen der Abgrenzung von den übrigen vaterländischen Verbänden und litt unter Machtkämpfen in der fränkischen Führungsriege. Ihre Versammlungen stießen bis 1926/27 in Lichtenfels und Staffelstein auf wenig öffentliches Interesse. Die SA, in den Anfangsjahren 15 »Kameraden«, schwang sich nur zu einem »Ausmarsch zum Staffelberg« mit anschließender Kundgebung auf dem Marktplatz in Lichtenfels am 26. Mai 1927 auf. Im übrigen beschränkte sie sich auf den Saalschutz und auf Propagandamärsche mit SA-Kapellen als Werbeträgern. Eine davon entstand 1928 in Weismain. Während in den großen Städten Oberfrankens schon 1926 SS-Einheiten stationiert waren, erhielt Lichtenfels erst 1931 eine solche Formation. Insgesamt blieb die NSDAP bis 1929 wie anderwärts, so auch in unserer Gegend eine Splitterpartei ohne nennenswerten Einfluß. Dies änderte sich nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise aber dramatisch.

Schon 1929 entstanden nach personeller Umbesetzung in der Spitze der NSDAP Oberfranken — Hans Schemm wurde neuer Leiter — auf dem Gebiet des Bezirks Lichtenfels neue Ortsgruppen in Schwürbitz, Michelau, Buch am Forst sowie SS-Stützpunkte in Michelau und Neuensee. Mit der Kommunalwahl vom 8. Dezember kamen erstmals drei Nationalsozialisten in den Lichtenfelser Stadtrat, ebenso viele in den Gemeinderat von Redwitz und Michelau. Die Folgejahre mit ihren häufigen Wahlen waren wie überall so auch am Obermain durch massive Öffentlichkeitsarbeit der NSDAP mit spektakulären Aktionen gekennzeichnet. Eine Welle von Kundgebungen, zum Beispiel im Mai 1930 in Lichtenfels, Schney und Michelau, und die pausenlose Organisation von meist überfüllten Versammlungen brachten eine Reihe neuer Mitglieder, während in Staffelstein derlei Veranstaltungen mangels Interesse immer noch ausfallen mußten. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 machte denn auch die NSDAP mit 22,6 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten politischen Kraft im Bezirk Lichtenfels nach der BVP, in Michelau erhielt sie mit 51,7 Prozent sogar die absolute Mehrheit. Danach machte die Partei erst richtig mobil. Nach dem Motto Schemms: »Es muß gewellt werden« überflutete sie bis Anfang 1932 den Bezirk mit etwa 50 Versammlungen, obwohl das Bezirksamt Lichtenfels im Juni 1931 für sie Versammlungsverbot wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit erteilte. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 tauchten

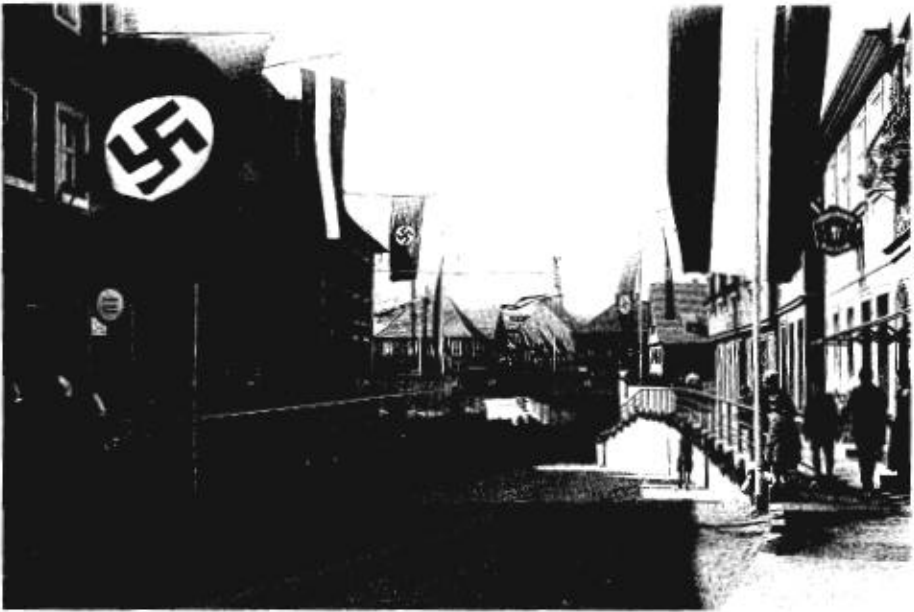
NS-Ortsgruppen von Neuensee, Marktzeuln, Marktgraitz, Altenkunstadt, Burgkunstadt, Mannsgereuth und Lettenreuth zum ersten Mal in der Presse auf. Bei der Landtagswahl vom 24. April 1932 erreichten die Nationalsozialisten mit 51,0 % der Stimmen in der Stadt Staffelstein die absolute Mehrheit; in der Stadt Lichtenfels entschied sich mit 36,6 % ein Drittel der Wähler für sie; in den zu den beiden Städten gehörenden Bezirken kam sie auf über 37 % der Stimmen.

Für die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 waren die Nationalsozialisten mit ihren Kampforganisationen in der Öffentlichkeit stets präsent. Ein Umzug am 3. Juli mit 600 Mann SA, SS und HJ aus allen Ortsgruppen des Bezirks in Lichtenfels bildete den absoluten Höhepunkt der Propaganda. Ähnliche Aktivitäten gab es in Burgund Altenkunstadt, in Marktzeuln und Marktgraitz. Die Juliwahl ließ die Hitlerpartei mit 230 Abgeordneten bekanntlich zur stärksten Fraktion im Reichstag aufsteigen. Im Bezirk Lichtenfels lag ihr Ergebnis mit 36,0 % der Stimmen nur wenig hinter dem der BVP (40,2 %).

Dennoch war die Enttäuschung in der Partei groß, da sie die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Nachdem sie zudem in der Reichstagswahl vom 6. November 1932 einen allgemeinen Stimmenverlust hinnehmen mußte, im Bezirk Lichtenfels z. B. um 4,5 Prozent, reagierte sie mit Auflösungstendenzen und Mitgliederschwund. Parteiinterne Veranstaltungen wie Totenehrung oder Advents- und Weihnachtsfeiern sollten den Zusammenhalt der Ortsgruppen in dieser für die Partei bedrohlichen Situation festigen.

Am Tag der Machtergreifung, den 30. Januar 1933, feierten die Gefolgsleute der NSDAP in Lichtenfels und Staffelstein wie anderswo mit Fackelzügen und Kundgebungen. Siegesfeiern in anderen Orten wie in Weismain und Schwürbitz folgten. Doch schon stand die nächste Reichstagswahl am 5. März 1933 an, bei der die Nationalsozialisten die absolute Mehrheit erringen wollten. Es mußte also weiter gekämpft werden. So organisierten die Ortsgruppen der NSDAP am 26. Februar in Lichtenfels ein Wahlspektakel mit Umzug und Großkundgebung, an dem insgesamt 300 Männer der SS, der SA und der HJ aus den größeren umliegenden Orten teilnahmen. Doch entgegen ihren Erwartungen erreichte die NSDAP in der Märzwahl das angestrebte große Ziel weder im Bezirk Lichtenfels mit 40,9 %, noch im Bezirk Staffelstein mit 45,7 % der abgegebenen Stimmen (Oberfranken zum Vergleich: 48,7 %). Doch in einzelnen Orten des Bezirkes Lichtenfels wie in Michelau und Weismain, in Gärtenroth und Fesselsdorf überwandnen sie die 50-Prozent-Marke. Auch in der Stadt Staffelstein erreichten sie erwartungsgemäß mehr als die Hälfte der Stimmen (54,5 %).

Eine Sonderstellung nahm der Pfarrsprengel von Kleukheim ein. Dort erhielt dank des Einflusses des politisierenden Pfarrers Wilhelm Würzberger die von ihm favo



Einweihung der neuen Bahnunterführung der Coburger Straße in Lichtenfels

(Foto:Förner)

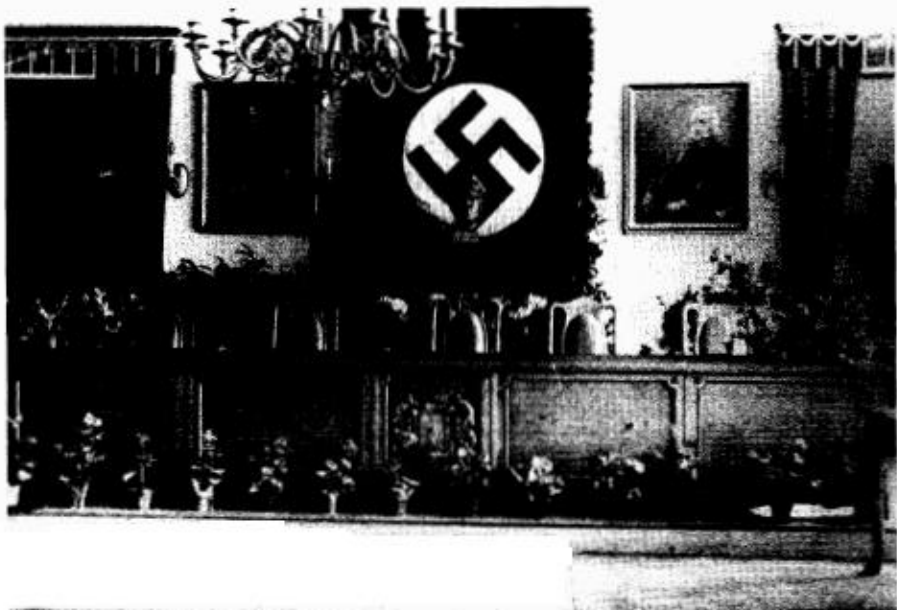
risierte DNVP von 480 in den Wahllokalen von Kleukheim, Oberküps und Kümmel abgegebenen Stimmen ganz untypisch 247 (51,4 %), während die BVP nur 30 (6,2 %) und die NSDAP nur 147 (30,6 %) auf sich vereinigen konnten.

Das Doppelgesicht der Naziherrschaft spiegelte sich schon in den Schlagzeilen der Montagsausgabe des Staffelsteiner Tagblattes nach dem Wahltag. Hier ist auf der einen Seite von einem großen Umzug der Orts- und Bezirksgruppe der NSDAP mit Kundgebung am Marktplatz zu lesen, von einer Konkurrenzveranstaltung der Bayernwacht, ohne daß es zu Auseinandersetzungen kam, und von einem Höhenfeuer auf dem Staffelberg, wo ein großes Hakenkreuz weithin sichtbar beleuchtet wurde. Auf der anderen Seite wurde von einem nächtlichen Überfall auf Anton Ostler, den Führer der Bayernwacht, durch vier Uniformierte berichtet, von einer Hausdurchsuchung bei kommunistischen Führern in Schney, Michelau und Redwitz durch die (mit Leuten der SA) »verstärkte Gendarmerie«. Obwohl laut oberpolizeilicher Verordnung nach der Wahl die Hakenkreuzfahnen von den Rathäusern und Wahllokalen entfernt werden mußten, was in Staffelstein »nicht ohne eine kleine Erregung abging« (Staffelsteiner Tagblatt), beherrschte die nationalsozialistische Parteifahne bei den Siegesfeiern nach der Wahl das Straßenbild der Städte und Gemeinden.

Diese Feiern standen im Zeichen des demonstrativen Austausches der Staatssymbole im Straßenbild der Städte und Gemeinden. SA- und SS-Züge hißten zur Freude und Genugtuung eines Gutteils der einheimischen Bevölkerung wieder das Hakenkreuzbanner auf allen öffentlichen Gebäuden der Kommunen. Nachdem am 9. März Franz Xaver Ritter von Epp als Reichskommissar in Bayern eingesetzt worden war, begann sofort die Gleichschaltung auf der unteren Ebene. Für die Bezirke Lichtenfels und Staffelstein wurde am 18. April aus den Reihen der SA ein Sonderkommissar ernannt — ein Vorbegriff auf die Zusammenlegung der Kreisleitungen der NSDAP 1936. Er hatte die Kreisregierungs- und Bezirkratsbeschlüsse zu überwachen und »Spitzel und Provokateure« zu registrieren. Außerdem wurde auf Anordnung Epps jeder Polizeibeamte ständig von einem SA-Mann begleitet. In Michelau setzte der Gemeinderat auf Antrag seiner NSDAP-Mitglieder drei mißbeliebige Gemeindebedienstete auf die Straße. Nachdem das Innenministerium am 20. April allen SPD-Bürgermeistern und Stadträten ihr Amt entzogen hatte, wurden die beiden Bürgermeister der SPD-Hochburg Schney und der zweite von Altenkunstadt umgehend ihrer Ämter enthoben. Die sozialdemokratische Ortsgruppe von Lichtenfels löste sich auf, andere folgten.

Nichtsdestoweniger beging die Bevölkerung am Obermain in fast allen Gemeinden die Eröffnung des neuen Reichstages am 21. März 1933 als »Tag der Nation« mit Fackelzügen und Kundgebungen. Unmittelbar nach der Machtergreifung begann die Verfolgung. Es war seit langem offensichtlich, daß die erklärten Feinde der Nationalsozialisten neben den Juden vor allem die Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihren angeschlossenen Kampfbünden waren. Aber auch streitbare Geister anderer politischer Richtungen wurden nicht geschont. Schon seit 1922 waren Störungen von Versammlungen der VSP (Vereinigte Sozialdemokratische Partei) seitens der Nationalsozialisten die Regel. Gelegentlich waren sie in Handgreiflichkeiten ausgeartet, die schon Ende 1923 das Lichtenfelser Schöffengericht beschäftigt hatten. Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Parteien am 29. September 1929 in Schney, als SPD-Mitglieder in einer NSDAP-Versammlung Hans Schemm am Dauerreden hindern wollten. Die »Saalschlacht von Schney«, die daraufhin in Gang kam, forderte 29 Schwerverletzte, 23 von der SPD, 6 von der NSDAP, ein Zahlenverhältnis, das für einschlägige Erfahrungen der Nazitruppe spricht. In anschließenden Gerichtsverhandlungen saßen ob zu Recht oder Unrecht hauptsächlich Anhänger der Sozialdemokratie auf der Anklagebank.

1933, als die Macht der NSDAP gesichert schien, rollte im Gebiet des heutigen Landkreises Lichtenfels eine gezielte Verhaftungswelle an. Ihr fielen nicht nur eine Anzahl von Kommunisten in Lichtenfels, Burgkunstadt, Altenkunstadt und Redwitz zum Opfer, sondern auch die Führer der Bayernwacht aus Schwürbitz und Romansthal. Wegen Überfüllung des Gefängnisses im Amtsgericht Lichtenfels, wo



*Stadtratssitzungssaal im Lichtenfelser Rathaus mit der NS-typischen Einrichtung
(StadtA Lichtenfels)*



Der festlich beflaggte Marktplatz in Lichtenfels

(StadtA Lichtenfels)

Angehörige der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sowie der Eisernen Front einsaßen, mußten Räume des Heimatmuseums für politische Gefangene freigemacht, neun Personen sogar nach Staffelstein verlegt werden. Außerdem wurden Wohnungen von Mitgliedern des Reichsbanners, der Eisernen Front und der Sozialistischen Arbeitsjugend in Schney, Burg- und Altenkunstadt durchsucht, Unterlagen beschlagnahmt. Nirgends regte sich nennenswerter Widerstand gegen das von den Nazis begangene Unrecht. Die »Freie Turnerschaft« wurde verboten und aufgelöst, ihr Vermögen eingezogen, die Turnhalle von der SA besetzt und schließlich versteigert.

Noch unerbittlicher verfahren die Nationalsozialisten mit den Juden. Judenhaß hatte, wie anderswo, so auch am Obermain Tradition. Im 18. Jahrhundert wurde aus religiösen Gründen den Juden untersagt, ihre Synagoge in Lichtenfels innerhalb der Stadtmauern zu bauen; Juden war dort zu wohnen verboten, wo die Fronleichnamsprozession vorbeiführte. Schon im 13. Jahrhundert hören wir von Gewalttätigkeiten gegen Juden, ebenso 1699 und 1848. Schändungen des Judenfriedhofes in Lichtenfels wurden 1918 wie 1930 jedoch noch öffentlich verurteilt.

Mit dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 erhielt der Antisemitismus in Deutschland eine neue Dimension. Mit dieser vom Staat geschützten, von den Nazis inszenierten Aktion wurden jüdische Bürger weithin sichtbar ausgegrenzt und deren Mißliebigkeit dadurch öffentlich deutlich gemacht. In dem von einem »Lichtenfelser Aktionskomitee zur Abwehr der jüdischen Greuelpropaganda und des Boykotts« veröffentlichten Aufruf ist im NS-typischen Jargon zu lesen: »Die nationalen Kräfte von Lichtenfels und Umgebung müssen an diesen Tagen zeigen, daß sie den uns aufgezwungenen Kampf entschlossen und rücksichtslos durchführen werden.« »Am heutigen Tage, vormittags 10 Uhr, setzt der Abwehrkampf mit verschärfter Wucht ein. Ab heute setzt kein Deutscher mehr den Fuß über die Schwelle eines jüdischen Geschäfts, einer Kanzlei oder eines jüdischen Arztes.« Die versteckte Drohung: »Wir verlangen, daß sämtliche Behörden und Ämter in Lichtenfels und Bezirk keinerlei Aufträge an jüdische Firmen geben, aber auch keinerlei Waren jüdischen Ursprungs (. . .) beziehen«, schloß öffentliche Stellen in den Boykott mit ein. Befolgt wurde er nur in Einzelfällen, doch kamen zur Boykottkundgebung auf dem Lichtenfelser Marktplatz immerhin 600 bis 700 Menschen, um einer Hetzrede des Ortsgruppenleiters der NSDAP zu lauschen, »Sieg Heil« dazu zu rufen und danach das Horst-Wessel-Lied anzustimmen. Im Dezember 1933 entzog der Lichtenfelser Stadtrat den Juden die für ihre Geschäfte unerlässlichen Bedarfsdeckungsscheine und schloß sie so aus dem Wirtschaftsleben aus. Seit 1935, dem Jahr der »Nürnberger Gesetze«, wurden Juden nicht mehr zu Standmärkten zugelassen, wurde ihnen der Besuch des Städtischen Flußbades untersagt.

Auf die Rassegesetze von Nürnberg reagierten die Bedrängten verstärkt mit Auswanderungsanträgen, vorwiegend in die USA, obwohl eine Flucht wegen restriktiver Bestimmungen in den meisten Einwanderungsländern immer schwerer wurde. Bis 1938 entzogen sich 34 jüdische Bürger aus dem Bezirk Lichtenfels auf diese Weise den Repressalien durch die Nazis.

Die antisemitischen Maßnahmen gipfelten zunächst in der »Reichskristallnacht« vom 9. auf den 10. November 1938. In dieser schrecklichen Nacht wüteten wie überall im Reich auch die ortsansässigen Mitglieder der Naziorganisationen in Burgkunstadt, Altenkunstadt, vor allem aber in Lichtenfels. Die Synagogen aller drei Orte wurden verwüstet und entgingen der befohlenen Brandstiftung nur durch die örtliche Nähe zu »arischen« Bürgerhäusern, weil man fürchtete, auch diese könnten in Flammen aufgehen. Lichtenfelser Nazitrupps zogen von der Synagoge zu einzelnen jüdischen Bürgerhäusern, zertrümmerten dort die Einrichtungen und warfen sie teilweise aus den zerschlagenen Fensterscheiben auf die Straße. 23 jüdische Bürger wurden noch in der Nacht abgeholt und in das Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Am Tag danach verhaftete die Polizei die jüdischen Familienväter auch in Burgkunstadt und Altenkunstadt und sperrte sie in die Vogtei ein. Dort zwangen die örtlichen Behörden die Vorsteher der Kultusgemeinde Altenkunstadt, ihre Synagoge an die Gemeinde zu verkaufen. Nur knapp entgingen einige der verhafteten Juden der Verschleppung in das KZ Dachau. Wie sehr die Betroffenen unter den Mißhandlungen litten, zeigen der Selbstmord von Paul Zinn und der mysteriöse Tod von Sofie Seliger, der in der »Reichskristallnacht« mißhandelten Frau



Burgkunstadter Synagoge. Wenige Wochen nach der Pogromnacht im Jahr 1938 abgerissen
(Repro: Motschmann)

des jüdischen Lehrers von Lichtenfels. Es war wohl nur eine Minderheit der Einwohner, die dem NS-Terror zustimmte, aber es regte sich auch kein Widerstand dagegen.

Nach der »Reichskristallnacht« starteten die NS-Behörden die »Arisierung« des jüdischen Vermögens. Noch während ihrer etwa vierwöchigen »Schutzhaft« in Hof wurden die betroffenen Juden von dieser Aktion informiert. Am 6. März 1939 verschwanden sieben renommierte jüdische Gewerbebetriebe aus dem Handelsregister, darunter die Korbhandelsfirmen David Bamberger und Samuel Zinn. In Burg- und Altenkunstadt mußten Joseph Weiermann und Max Pretzfelder ihre Schuhfabriken verkaufen. Schon 1940 war die »Arisierungsaktion« beendet.

Nach der Pogromnacht wurden die Juden Schritt für Schritt aus dem öffentlichen Leben gedrängt und ihrer religiösen, geistigen und materiellen Grundlage beraubt. Seit dem 15. November 1938 durften jüdische Kinder deutsche Schulen nicht mehr besuchen. In Altenkunstadt eröffnete die Kultusgemeinde daraufhin eine eigene jüdische Bildungsstätte, die aber auf Betreiben der Gemeindebehörden bald wieder geschlossen werden mußte. In Lichtenfels wurden im Frühjahr 1940 alle dort lebenden Juden gezwungen, in das Lehrer- und Schächterhaus neben der Synagoge einzuziehen. Sie lebten dort zusammengepfercht unter kümmerlichsten Bedingungen zwei Jahre lang bis zu ihrer Deportation. Der Ausweg Flucht blieb 1939 nur noch denen, die Bürgen im Ausland hatten. 21 aus Lichtenfels und 6 aus Burgkunstadt konnten sich retten, auf die übrigen warteten Deportation und Ermordung.

Am 17. März 1942 eröffneten die zuständigen Behörden den in Burgkunstadt und Altenkunstadt lebenden Juden, daß sie sich für eine Evakuierung nach Polen bereitzuhalten hätten. Nach fast sechs Wochen bangen Wartens wurden am 24. April sechs jüdische Bürger aus Lichtenfels, zwölf aus Burgkunstadt und dreizehn aus Altenkunstadt mit dem Zug nach Bamberg gebracht, am nächsten Tag in Güterwaggons nach Nürnberg überführt und von dort mit einem Sammeltransport fränkischer Juden nach Krasnyzin, einem Durchgangslager bei Lublin in Ostpolen, verschleppt, um in den Gaskammern von Belzec und Sobibor getötet zu werden. Am 9. September 1942 brachten die zuständigen Naziorganisationen acht ältere jüdische Bürger aus Lichtenfels in das Altenkonzentrationslager Theresienstadt in Böhmen, wo die meisten an Hunger und Krankheiten starben. Wer dieses KZ überlebte, kam in den Gaskammern von Auschwitz um.

Insgesamt fielen der systematischen Ausrottungspolitik des Nationalsozialismus³⁹ Personen aus dem Obermaingebiet zum Opfer, 13 aus Altenkunstadt, 12 aus Burgkunstadt und 14 aus Lichtenfels. Angesichts der unsäglichen Nazigreuel Juden gegenüber konnten die Versuche der Wiedergutmachung nach dem Krieg nur Stückwerk bleiben. Zwar gab es zwischen 1946 und 1949 Prozesse zur Pogrom

nacht bei der Großen Strafkammer des Landgerichts Coburg, jüdisches Eigentum wurde zurückgegeben oder zum angemessenen Preis nochmals verkauft. Ein 1952 am Lichtenfelser Friedhof errichtetes Ehrenmal sollte an die jüdischen Opfer erinnern. Vieles aber wurde aus dem Gedächtnis verdrängt. Erst in den 80er Jahren, vor allem seit den Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrtag der Pogromnacht in Lichtenfels und Altenkunstadt, rückte das schreckliche Geschehen wieder deutlicher in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Ein großer Schweigemarsch durch Lichtenfels am 9. November 1992 erinnerte angesichts der Ausschreitungen Rechtsradikaler gegen Asylbewerber an die düsteren Ereignisse der Nazizeit.

Nicht alle ließen sich jedoch widerstandslos gleichschalten. Aktiven Widerstand gab es zum Beispiel aus den Reihen der kommunistischen und sozialistischen Schneyer Arbeiterschaft.

Hier verteilten beherzte Genossen trotz strenger Überwachung, von den Nazis unbemerkt, Flugschriften aus dem Untergrund. 1935 stellte sich die Katholische Jugend in Lichtenfels öffentlich vor ihren Pfarrhern, als die Gestapo das Verlesen eines dem Regime mißfallenden Hirtenbriefes verhindern wollte. Als besonders heldenhaft darf der bedingungslose Schutz einer aus Berlin geflüchteten Jüdin durch mehrere Lichtenfelser Familien über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren (vom September 1943 bis Kriegsende) gewertet werden, die sie unter schwierigsten Bedingungen beherbergt, versorgt und vor dem Zugriff einer hartnäckigen Polizei gerettet haben. Eine derartige Tat wäre bei Entdeckung mit langjährigen Zuchthausstrafen oder gar Erschießen geahndet worden.

Im ganzen kann man aber sagen, daß Widerstand nur vereinzelt und meist von den unmittelbar Betroffenen geleistet wurde, daß also eine Mehrheit auch in unserer Gegend das Hitlerregime geduldet, gestützt, zum Teil sogar begrüßt hat.